



Inhalt

1. Rudi Völler zu Besuch im Sportausschuss	2
2. Die Zeitenwende – Ein Reifall oder Absicht?	3
3. Kriminalität an Bahnhöfen begegnen	4
4. Gesetzlicher Mindestlohn – Mehr Leistung muss sich immer lohnen! 5	
5. Deutschlands Sonderweg in der Migrationsfrage	5
6. Drucksachen der AfD-Fraktion	6

DEM DEUTSCHEN VOLKE

1. Rudi Völler zu Besuch im Sportausschuss

Diese Woche im Sportausschuss zur wenig erfolgreichen WM in Katar. In meinem Einleitungstext zur Frage kritisierte ich vor allem die politische Instrumentalisierung des Sports durch Politik und Medien. Schon in der DDR hat mir die Instrumentalisierung als „Diplomat im Trainingsanzug“ nicht gefallen. Mit Bezug auf Innenministerin Faeser sagte ich wörtlich: „Deutsche Politiker mit Armbinden im Ausland sollten schon wegen unserer Geschichte vollständig unterbleiben und unterlassen werden.“ Rudi Völler antwortete sinngemäß: In der Sache richtig, aber zu dick aufgetragen.

Was macht die Presse daraus, allen voran die dpa: „Abgewatscht von Völler wurde AfD-Politiker Jörn König, der historische Parallelen von deutschen Sportlern mit Armbinde zog. „Da haben Sie zu dick aufgetragen“, monierte Völler, seine Augen funkelten dabei ziemlich böse.“

1. Ein sachlicher Fehler, ich habe von Politikern gesprochen und eben nicht von Sportlern.
2. „Seine Augen funkelten böse“ ist Schüleraufsatzniveau und auch in der Sache nichtzutreffend, denn es war eher ein Hinweis als eine „Watschen“. Die Stimmung im Sportausschuss war völlig entspannt und respektvoll.

Mindestens 10 Redaktionen übernahmen ungeprüft den falschen Text u. a. FAZ, Die Zeit; Stuttgarter Zeitung; RP-Online; Neue Westfälische; Berliner Zeitung; das SPD-Redaktionsnetzwerk Deutschland mit Hannoversche Allgemeine, Leipziger Volkszeitung usw.). Auf meine Intervention hin hat die dpa den ersten Fehler korrigiert, aber so gut wie keine Redaktion hat bisher (02.03.2023 13 Uhr) den Text korrigiert. Die FAZ hatte sogar einen eigenen Reporter in der Sitzung und hat den Unsinn trotzdem publiziert.

Inzwischen treibt die ganze Sache weitere Stilblüten: Die Gießener Allgemeine bringt inzwischen Hakenkreuzbinden ins Spiel. Die tägliche Nazi-Keule gib uns heute. Das Schöne an der ganzen Sache: Jeder Bürger kann selbst nachprüfen, wer mit seiner Darstellung richtig liegt, der „böse“ AfD-Politiker oder die „Qualitäts“medien. Die Sitzung war öffentlich und ist in der Mediathek des Bundestages abrufbar.

Einen Zusammenschnitt der angesprochenen Punkte findet sich in meinem Facebook-Post mit Video (4:30 min). https://fb.watch/j2_S2MXMMc/

Volle Länge der Sitzung in der Bundestagsmediathek:

(2 Stunden): <https://dbtg.tv/cvid/7551159>

Frage König: 0:59:07 bis 1:01:50; Antwort Völler 1:05:23 bis 1:07:11

Für diese unterirdische Nichtleistung wollen die Medien auch noch Geld haben? Ein weiterer Offenbarungseid der Medien.

Wer glaubt denen noch was?

2. Die Zeitenwende – Ein Reifall oder Absicht?

Ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und seiner „Zeitenwende“-Regierungserklärung hat unser Bundeskanzler Olaf vor dem Bundestag die Waffenlieferungen an die Ukraine erneut verteidigt und Forderungen nach Friedensverhandlungen mit Russland in der derzeitigen Lage eine deutliche Absage erteilt.

Wer sich jetzt wundert, warum sich die politische Führung in Deutschland so massiv gegen eine friedliche Lösung einsetzt und eine Kriegsrhetorik an den Tag legt, als wären sie frisch aus dem Propagandaministerium aus vergangenen Zeiten, dem muss man leider sagen, dass die Deutschen gerade dabei sind ein Bauernopfer in der sich gerade neu formierenden Weltordnung zu werden. Wohlgedenkt mit tatkräftiger Unterstützung dieser deutschlandfeindlichen Bundesregierung.

Mit einer sehr deutlichen Kritik am Weg dieser Regierung mahnte Tino Chrupalla in seiner Rede zu einem stärkeren Fokus auf die deutschen Interessen. Der Krieg in der Ukraine sei nicht unser Krieg.

Jörn König erklärt: „Die meisten Menschen werden leider mit voller Absicht von den Hintergründen dieses Krieges abgeschirmt. Mit diesem Krieg sollen in Wahrheit, die immer wieder kurz vor Zahlungsunfähigkeit stehenden USA und der Dollar gerettet werden. Dass dieser Krieg kommen wird, war eigentlich schon länger klar. Nämlich seitdem die USA in der Welt massiv an Einfluss verlieren. Wer sich einmal genau anschaut, was für ein erfrischendes Konjunkturprogramm die ganze Sache eigentlich für die USA ist, der versteht auch, warum sie die Ukrainer dazu zwingen, Gesprächsangebote auszuschlagen und ihre Propaganda voll auf Sieg ausrichten. Dass das alles für Deutschland völliger Unsinn ist und wir in eine totale Katastrophe hineingezogen werden, dafür verurteile ich diese Minderleister an der Spitze unserer Regierung aufs schärfste. Sie machen sich nicht nur zum Steigbügelhalter, sie kämpfen aktiv gegen die Interessen von uns Deutschen. Die Zeitenwende? Ein totaler Reifall und nur die frühe Ankündigung unserer Selbstzerstörung.“

3. Kriminalität an Bahnhöfen begegnen

Wer aufgrund der Nachrichtenmeldungen der vergangenen den Eindruck gewinnt, die insbesondere durch Migranten verübten Straftaten an Bahnhöfen und in Zügen nehmen zu, der darf sich bestätigt sehen. Die Politiker tun allerdings alles dafür, um diese Entwicklung zu verschleiern.

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert daher Transparenz und hat in einem Antrag im Deutschen Bundestag eine schonungslose und ehrliche Analyse und Benennung der Kriminalitätsentwicklung angestoßen. Ausgangsvoraussetzung dafür ist Transparenz gegenüber politischen Entscheidern und auch der Öffentlichkeit in der statistischen Abbildung von Kriminalität, was das eigentliche Gebot der Stunde sein sollte. Unter Berücksichtigung der geplanten Mobilitätswende und der damit verbundenen steten Zunahme an Passagierzahlen im Fernverkehr der Deutsche Bahn AG ist dies von herausragender Relevanz.

Dazu soll ein jährliches Bundeslagebild erstellt und veröffentlicht werden. Tatörtlichkeit und Aufenthaltsstatus sind also zukünftig durch die Bundespolizei für ein solches Abfragebild besser miteinander zu verknüpfen, um differenzierte Aussagen dahingehend treffen zu können, welche tatverdächtigen Ausländer mit welchem Aufenthaltsstatus überproportional stark vertreten sind.

Jörn König dazu: „Die Politik verschleiert seit Jahren die katastrophalen Auswirkungen ihrer verkorksten Migrationspolitik. Angeblich sollen so all unsere Probleme gelöst werden. Ob Fachkräfte, Nachwuchs oder sonst was alles. Aber dass wir uns nur Probleme und horrenden Kosten ins Land holen, das ist mittlerweile nicht mehr nur der AfD klar. Wir fordern die Bundesregierung erneut auf, endlich transparent zu sein und sich der Realität von gestiegener Ausländerkriminalität zu stellen. Dieses Interesse mit fadenscheinigen Assoziationen in die rechtsradikale Ecke zu stellen ist ebenso durchschaubar wie heuchlerisch. Wir werden ja wohl als Deutsche noch fragen dürfen, wer hier die Messermänner sind die in Zügen und auf Bahnhöfen Verbrechen begehen um sie zu bekämpfen. Ich lasse mir als Volksvertreter jedenfalls nicht den Mund verbieten und werde den Finger weiterhin in die Wunde legen.“

4. Gesetzlicher Mindestlohn – Mehr Leistung muss sich immer lohnen!

Die AfD-Bundestagsfraktion hat in dieser Woche einen Antrag vorgelegt, in dem die gesetzliche Festlegung des Mindestlohns als regelmäßig gezahltes Grundentgelt je Zeitsunde gefordert wird. Hintergrund ist die fehlende gesetzliche Grundlage für die Anrechnung von Zulagen, Zuschlägen und Sonderzahlungen im Mindestlohngesetz. Das führt dazu, dass die kürzliche Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro in vielen Fällen keine höhere Gesamtvergütung zur Folge hat. Der Mindestlohn wird in solchen Fällen unterschritten.

Es mag sich hier um eine kleine Gesetzeslücke handeln. Diese hat aber Auswirkungen für knapp 6,7 Millionen Arbeitnehmer. Gerade im Niedriglohnsektor ist es wichtig, dass die Leistung fair vergütet wird, sodass Anreize zum Arbeiten statt Anreize für Sozialhilfen gesetzt werden.

Jörn König meint: „Mit dem Antrag der AfD-Fraktion bekommt die Debatte über den Mindestlohn eine wichtige neue Perspektive. Wenn über Mindestlohn gesprochen wird, dann muss dieser auch für eine Arbeitsstunde gelten. Zusätzliche Zahlungen wie beispielsweise Weihnachtsgeld oder Gefahrenzulagen dürfen nicht angerechnet werden. Damit wird sichergestellt, dass mehr Leistung sich am Ende auch lohnt und dies muss auch die oberste Prämisse im Arbeitsmarkt sein.“

5. Deutschlands Sonderweg in der Migrationsfrage

Während andere Staaten längst Migrationsabkommen mit den Herkunftsländern beschließen, öffnet Deutschland seine Tore weit. Die Migrationspolitik unserer Bundesregierung schließt sich nahtlos an die Merkel-Zeit an und kennt wortwörtlich keine Grenzen mehr. Einzig der Ton der CDU hat sich geändert. Diese Woche wurde über ihren Antrag mit dem Titel „Migrationspolitischen Sonderweg in Europa sofort beenden“ debattiert. Der Inhalt liest sich größtenteils wie ein Zusammenschnitt von AfD-Forderungen der letzten Jahre. Es sind Forderungen, die normalerweise mit der Nazikeule erstickt werden.

Die Forderungen der Union kommen pünktlich zu der Meldung, dass ein Seniorenheim der Diakonie in Berlin in ein Flüchtlingsheim umgewandelt werden soll. Für die derzeitigen pflegebedürftigen Bewohner bedeutet das, dass sie, nachdem sie ihr ganzes Leben die Kirchensteuer gezahlt haben, nun plötzlich vor die Tür gesetzt werden. Gleichzeitig mehren sich Meldungen, dass stadteigene Wohnungsgesellschaften ihren Mietern kündigen, um Platz für „Schutzbedürftige“ zu schaffen. Und genau hier endet der kleine konservative Ausflug der CDU, denn sie weigern sich die Frage zu stellen: Wer schützt Deutschland vor den Schutzbedürftigen?

Jörn König dazu: „In Zeiten in denen sogar Senioren aus kirchlichen Wohnheimen rausgeworfen werden, um jungen Männern aus Afrika Platz zu machen, hat die Union scheinbar erkannt, dass die „Wir-haben-Platz-Parolen“ mehr Wähler kosten als einbringen. In ihrer Oppositionsrolle gibt sie sich gerne als die konservative Partei der Vernunft. Solange diesen Worten jedoch keine Taten folgen, darf man davon ausgehen, dass es nicht mehr ist als das: nur Worte. In den Landesregierungen mit CDU-Beteiligung könnten Taten folgen, aber das geht ihnen dann scheinbar zu weit.“

6. Drucksachen der AfD-Fraktion

- 20/5476 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005476.pdf> Armut von Frauen in Deutschland -20/5072-
- 20/5619 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005619.pdf> Wahl eines Stellvertreters der Präsidentin
- 20/5620 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005620.pdf> Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums gemäß Artikel 45d des Grundgesetzes
- 20/5514 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005514.pdf> Auswirkungen von Pandemie und Inflation auf die Entwicklungszusammenarbeit in Lateinamerika -20/5068-
- 20/5515 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005515.pdf> Position der Bundesregierung zu einem möglichen Waffenstillstand und den Vermittlungsbemühungen in der Ukraine -20/5318-
- 20/5516 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005516.pdf> Kirchenasyl in Deutschland – Stand: 31. Dezember 2022 -20/5342-
- 20/5517 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005517.pdf> Politisch motivierte Gewalttaten in Deutschland – Stand: 31. Dezember 2022 -20/5343-
- 20/5518 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005518.pdf> Mögliche Auswirkungen der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 auf die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr -20/5153-
- 20/5519 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005519.pdf> Umgang der Bundesregierung mit möglichen Konflikten hinsichtlich deutscher Diplomaten im Ausland -20/5296-

- 20/5522 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005522.pdf> Im Jahr 2021 durchgeführte Evaluierungen der staatlichen und nichtstaatlichen deutschen Entwicklungszusammenarbeit -20/5329-
- 20/5523 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005523.pdf> Zur Art und zum Umfang der Beschäftigung neuer Ortskräfte der Bundesregierung seit der Machtübernahme der Taliban am 15. August 2021 -20/5337-
- 20/5524 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005524.pdf> Neu beauftragte und geförderte Vorhaben und Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit -20/5328-
- 20/5525 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005525.pdf> Festgestellte Mittelfehlverwendungen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Zeitraum ab dem 1. Januar 2022 -20/5203-
- 20/5612 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005612.pdf> Verständliche Sprache gewährleisten - Sprachverunstaltungen der Bundesregierung verhindern
- 20/5520 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005520.pdf> Instagram-Auftritt der Bundesministerin der Verteidigung -20/5159-
- 20/5611 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005611.pdf> Die erheblichen Steuermehreinnahmen Deutschlands richtig einsetzen – Die Bürger nicht für ausländische Staaten mit einer Vermögenssteuer oder Vermögensabgabe belasten
- 20/5589 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005589.pdf> IS-Anhänger und deren Kinder im In- und Ausland – Stand: 31. Dezember 2022 -20/5344-
- 20/5590 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005590.pdf> Zum sogenannten Brandbrief des deutschen Botschafters in Katar und der sogenannten wer-tegeleiteten Außenpolitik der Bundesregierung -20/5155-
- 20/5593 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005593.pdf> Kenntnisse und Position der Bundesregierung zum Vorgehen gegen Oppositionspolitiker und Oppositionsparteien sowie die Ukrainische Orthodoxe Kirche in der Ukraine -20/5369-
- 20/5609 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005609.pdf> Nachkorrekturen zu Einreisen in den Jahren 2015 bis 2022 -20/5427-
- 20/5622 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005622.pdf> Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Nigeria und Besuch des deutschen Beauftragten für Religions- und Weltanschauungsfreiheit -20/5339-

- 20/5623 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005623.pdf>
Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit dem Kosovo -20/5181-
- 20/5624 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005624.pdf>
Schuldenerlasse der Bundesrepublik Deutschland gegenüber anderen Staaten seit dem Jahr 2000 – Stand: 31. Dezember 2022 -20/5439-
- 20/5630 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005630.pdf> Zu den Friedensbemühungen des ehemaligen israelischen Premierministers Naftali Bennett in der Ukraine und der Haltung der Bundesregierung
- 20/5631 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005631.pdf> Bedeutung von Science Diplomacy für die Arbeit des Auswärtigen Amtes
- 20/5632 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005632.pdf> Fehlende Arbeitsanreize beim Bürgergeld und Wohngeld – Interdependenzen der sozialen Transfersysteme
- 20/5635 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005635.pdf> Schließung des für die Rückführung genutzten Terminals am Flughafen BER – Hintergründe und Konsequenzen
- 20/5636 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005636.pdf> Raumordnung und Änderung des Raumordnungsgesetzes und anderer Vorschriften (ROGÄndG)
- 20/5637 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005637.pdf> Reform der Grundsteuer
- 20/5638 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005638.pdf> Zur Nutzung von Abwärme von Rechenzentren in Deutschland
- 20/5641 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005641.pdf> Katamitätsholznutzung in der regionalen Bauwirtschaft
- 20/5642 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005642.pdf> Fragen zu Innentäterangriffen auf Bundeswehrsoldaten und auf von der Bundeswehr ausgebildete Kräfte der Afghan National Defense and Security Forces während der Zeit des deutschen Afghanistaneinsatzes
- 20/5644 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005644.pdf> Zu den Twitter Files und den Löschersuchen der Bundesregierung an die Betreiber sozialer Netzwerke
- 20/5645 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005645.pdf> Nachrichtendienstliche Aktivitäten chinesischer Studenten und Gastwissenschaftler an deutschen Hochschulen

- 20/5656 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005656.pdf> Chat-GPT und die Zukunft der Arbeit
- 20/5657 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005657.pdf> Einsatzbereitschaft der Bundeswehr in Zahlen
- 20/5658 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005658.pdf> Entwicklungszusammenarbeit und die Krypto-Spendenaktion der ukrainischen Regierung, insbesondere bei der Krypto-Börse FTX
- 20/5661 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005661.pdf> Ausschreibung der Bundesnetzagentur für neue Fax-Dienstleister
- 20/5666 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005666.pdf> Multilateralismus und Transformation
- 20/5649 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005649.pdf> Kriminalitätsfelder in Bezug auf Bahnhöfe und Züge zweiten Halbjahr 2022 und Gesamtjahr 2022
- 20/5655 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005655.pdf> Bearbeitungszeit der nationalen Zulassungsphase von Arzneimitteln im dezentralisierten Verfahren
- 20/5659 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005659.pdf> Treffen von Regierungsmitgliedern mit Alexander Soros -20/5436-
- 20/5672 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005672.pdf> Erfassung von Gewaltdelikten mit Messern in der Polizeilichen Eingangstatistik der Bundespolizei bis 2022 -20/5454-
- 20/5684 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005684.pdf> Erfassung antiziganistischer Straftaten in dem Zeitraum vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2022 -20/5457-
- 20/5685 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005685.pdf> Berichte über einen Brief der ehemaligen Bundesministerin der Verteidigung und der Bundesministerin des Auswärtigen an den Bundesminister der Finanzen -20/5290-
- 20/5686 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005686.pdf> Angriffe auf diplomatische Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland -20/5455-
- 20/5687 Drucksache als PDF <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005687.pdf> Sprengung von Geldautomaten in den Jahren von 2005 bis 2022 -20/5451-